

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Innere Sicherheit
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Parteichronik
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Beer, Urs
Bühlmann, Marc
Rinderknecht, Matthias

Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Bühlmann, Marc; Rinderknecht, Matthias 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Innere Sicherheit, Parteichronik, 1991 – 2011*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Parteiensystem	1
Grosse Parteien	1
Liberale Parteien	2

Abkürzungsverzeichnis

UNO Organisation der Vereinten Nationen
EU Europäische Union
NATO North Atlantic Treaty Organization

ONU Organisation des Nations unies
UE Union européenne
OTAN L'Organisation du traité de l'Atlantique nord

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Parteiensystem

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.10.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Unter dem **Schlagwort Innere Sicherheit** forderten die bürgerlichen Regierungsparteien eine verstärkte direkte Bekämpfung der Kriminalität und die **Prävention von Gewaltverbrechen**. Mit der Wahl dieses Themas sollte nicht zuletzt auch die **Attraktivität der bürgerlichen Parteien** gegenüber den ganz rechts stehenden populistischen Parteien erhöht werden. Ausserdem wurde damit auch ein Schwerpunkt für die Kampagnen zu verschiedenen anstehenden kantonalen und kommunalen Wahlen gesetzt.¹

Grosse Parteien

PARTEICHRONIK
DATUM: 16.02.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die SVP verabschiedete an der Delegiertenversammlung in Freiburg vom 16. Februar ihr **Parteiprogramm 91**. Im über 60 Seiten umfassenden Dokument wurden sämtliche für die SVP wesentlichen Politikbereiche abgehandelt, wobei sich die Partei in den Fragen der **europäischen Integration** sowie in der **Aussen- und Sicherheitspolitik** einen **grossen Interpretationsspielraum** liess. Herausstechend war die Forderung nach einem Gemeinschaftsdienst für Männer und Frauen. In den Bereichen Asyl- und Ausländerpolitik und Drogen zeigte die SVP eine restriktive Haltung. In der Frauenpolitik konnten zwar das Lohnleichheitsgebot für Mann und Frau sowie ein gesetzliches Diskriminierungsverbot bei einer Mehrheit Gnade finden, eine Quotenregelung für die Besetzung von wichtigen Parteigremien wurde hingegen abgelehnt.²

PARTEICHRONIK
DATUM: 29.12.1998
URS BEER

Als Ziel für die Nationalratswahlen von 1999 gab die SVP den Erhalt der 1995 eroberten Sitze bekannt. Der Zentralvorstand der SVP Schweiz legte Ende Jahr ein neues Parteiprogramm vor, das an der Delegiertenversammlung vom 23. Januar 1999 verabschiedet werden soll. Nach den Wahlerfolgen der letzten Jahre sah die **Parteileitung keinen Grund, ihren prononciert konservativen und mittelständischen Kurs zu ändern**. Die Stossrichtung der Wahlplattform 1999 wendet sich energisch gegen neue Steuern und setzt aussenpolitischen Aktivitäten enge Grenzen. Aus neutralitätspolitischen Gründen lehnte die Partei einen UNO- oder NATO-Beitritt ab; auf integrationspolitischer Ebene beharrte sie auf ihrer Forderung, dass der Bundesrat sein EU-Beitritts-Gesuch zurückziehen soll. Statt dessen sah die Partei in guten bilateralen Abkommen eine echte Alternative zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den europäischen Ländern, unter der Voraussetzung, dass die Abkommen ausgewogen seien. In der Sicherheitspolitik forderte sie ein verstärktes Engagement zur Verbesserung der inneren Sicherheit; ausdrücklich befürwortet wurden subsidiäre Einsätze der Armee im Landesinnern.³

PARTEICHRONIK
DATUM: 13.09.2011
MARC BÜHLMANN

Die Ankündigung der SVP, wie bereits 2007 auch vor den Wahlen 2011 eine **Wahlveranstaltung auf dem Bundesplatz** veranstalten zu wollen, rief nicht nur unliebsame Erinnerungen an die damaligen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Verletzten und hohem Sachschaden wach, sondern auch die Stadt Bern auf den Plan, die für die Organisation der Platzbenutzung verantwortlich ist. Auch die SP und die Gewerkschaften hatten für Oktober ein Demonstrationsgesuch eingereicht. Weil nur noch ein Datum frei sei und keine der beiden Parteien bevorzugt werden sollte, schlug Reto Nause (cyp), Sicherheitsdirektor der Stadt Bern, ein Ersatzdatum am 10. September vor, das die SVP nach vorgängiger Weigerung schliesslich akzeptierte. Die als Familienfest angekündigte Wahlmanifestation provozierte die Ankündigung einer Gegenveranstaltung in der Berner Reitschule. Das SVP-Fest wurde in der Folge von rund 1'000 Polizisten beschützt, die Bern in eine eigentliche Festung verwandelten. Die Kosten für das Sicherheitsdispositiv, die von den Berner Steuerzahlern berappt werden mussten, wurden auf CHF 1 Mio. geschätzt, was laute Kritik provozierte.⁴

Liberales Parteien

Mit dem sogenannten «**Manifest für den Mittelstand**» setzte die neue Präsidentin ihre politischen Akzente auf **mehr Sicherheit im Alltag**, vor allem aber auf **wirtschaftspolitischer Ebene** (allgemeine Deregulierung, Senkung der Staatsquote, offene Aussenwirtschaftspolitik) und **weniger im Umweltschutzbereich**, wie dies ihr Vorgänger getan hatte. Einzelne Parteiexponenten übten allerdings Kritik an diesem Kurswechsel; der bei den letzten Nationalratswahlen abgewählte Berner Paul Günter trat sogar aus der Partei aus.⁵

1) Bresche Magazin (1993) Nr. 6, S. 7 ff. ; SoZ vom 17.8.93; BZ vom 29.10.93

2) Presse vom 18.2.91.

3) NZZ und TA, 12.9.98; TA, 28.8.98; Bund, 16.9. und 22.9.98; BZ und Blick, 19.9.98; NZZ, 22.10. und 29.12.98

4) Presse vom 15.2., 26.3., 15.4.11; BZ, 31.8.11; TA, 10.9.11; Presse vom 12.9.11; BZ, 13.9.11.

5) NZZ, 1.10.92; Bund, 3.10.92; Presse vom 24.8.92